SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Politische Spaltung in Deutschland? Politbarometeranalysen auf Basis des Links-Rechts-Kontinuums

Klages, Helmut; Will, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Klages, H., & Will, S. (2019). Politische Spaltung in Deutschland? Politbarometeranalysen auf Basis des Links-Rechts-Kontinuums. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 63, 16-28. https://doi.org/10.15464/isi.63.2019.16-28

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Politische Spaltung in Deutschland?

Politbarometeranalysen auf Basis des Links-Rechts-Kontinuums

Helmut Klages & Sebastian Will
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Annäherung an das Thema

Die Rolle der „Spaltung" in aktuellen Diskursen

Mit auffallender Häufigkeit wird in den öffentlichen Diskursen seit einiger Zeit das Wort „Spaltung" verwendet, wenn es um die Beschreibung des gegenwärtigen Zustands der Gesellschaft in Deutschland geht. Offenbar ist hierbei nicht wie in der marxistischen Gesellschaftstheorie eine klare Grenze zwischen verschiedenen „Klassen", oder zumindest eine deutliche Schnittlinie zwischen sozialen „Schichten" gemeint, wie sie über Jahrzehnte hinweg die Soziologie verwendete, um die Gesellschaftsstruktur zu charakterisieren. Viel eher drückt sich in dem Wort „Spaltung" das Gefühl eines Zerfalls elementarer gesellschaftlicher Bindungen und eines Zerbrechens des gesellschaftlichen Zusammenhalts aus, wobei die Benennungen der konkreten Sachverhalte, um die es geht, eher tastend und unsicher, wie auch eher uneinheitlich als einheitlich sind.

Zwar sind hierfür verschiedene Beschreibungsvokabeln im Umlauf, die aber ihrerseits relativ unscharf und widersprüchlich sind. Dies gilt z.B. auch für den inzwischen gängig gewordenen Ausdruck „Populismus", der in die Richtung eines sich angeblich ausbreitenden Verlusts zivilisierter Kommunikationskultur, einer um sich greifenden „Verrohung", einer zunehmenden Neigung zur Aggression, zum chaotischen Aufbegehren gegen Autoritäten, zur Empörung gegen stärker als früher wahrgenommene Benachteiligungen, wie auch zur Abwehr alles Fremden zielt, das als Bedrohung elementarer kultureller Besitzstände und persönlicher Sicherheiten erlebt wird. Wo nach den verursachenden Einflüssen gefragt wird, findet man sie häufig im „Rechtsradikalismus" einer neuen Partei, der AfD, der eine bedingungslose Systemfeindschaft und antidemokratische Zerstörungswut zugeschrieben wird. Man sucht sie andererseits aber auch - tiefer schürfend und nach den Gründen für die Expansion dieser Partei fragend - in einem fundamentalen Politikversagen, das angeblich einer zum Dauerzustand werdenden großen Koalition der Volksparteien („Groko" genannt) innewohnt, die sich zwar im Bestreben nach Machterhalt aneinander geklammert, gleichzeitig aber auch ineinander verhakt und gegenseitig immobilisiert haben sollen, so dass ein anhaltender Stilltand der Politik eingetreten sei, der sich mit der passiven Hinnahme einer zunehmenden „Abhängung" und Gefährdung wachsender Bevölkerungsteile inmitten eines fortschreitenden Prozesses gesellschaftlicher und technologischer Modernisierung verbinde

Eignung der Links-Rechts-Skala für die Analyse der „Spaltung"?

Nachfolgend wird von der *These* ausgegangen, dass dieses Negativbild, das die deutsche Gesellschaft gegenwärtig von sich selbst entwickelt, an wesentlichen Punkten unzutreffend ist und der Korrektur bedarf. Unsere Absicht ist es, hierzu nachfolgend einen Versuch zu unternehmen.

Es wird hierbei ein empirisches Vorgehen gewählt, wobei der ins Auge gefasste thematische Ansatzpunkt sein soll, die Vorstellung einer um sich greifenden gesellschaftlichen - bzw. sozio-politischen „Spaltung" einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Wir meinen, dass es sich anbietet, hierbei auf das Instrument des „Links-Rechts-Kontinuums" zurückzugreifen, für das u.a. im Rahmen des von der Forschungsgruppe Wahlen in dichter Folge erhobenen „Politbarometers" Daten vorliegen, das 1977 zum ersten Mal ins Feld ging.

Allerdings erlauben es die verfügbaren Daten nicht, die Untersuchung einschränkungslos auf die gesamte bisherige Laufzeit dieses Instruments zu beziehen. Als Grundlage unserer empirischen Arbeit dient uns einerseits die Erfassung *der Selbstverortung der Befragten im Links-Rechts-Spektrum*, die seit 1997 regelmäßig, d.h. zumeist monatlich erfragt wurde und die von uns erst ab diesem Jahr einbezogen wird. Die zweite von uns ausgewertete Frage bezieht sich auf die Einschätzung der *Position der politischen Parteien in diesem Spektrum*, deren regelmäßige Erfassung mit dem Jahr 2005 begann, seit welchem sie mindestens einmal pro Jahr gestellt wurde und das wir unserer Untersuchung als Startjahr zugrunde legen. In beiden Fällen liegen vor den genannten Jahren Befragungsergebnisse nur für einzelne Jahre, wie teilweise auch nur Skalen mit einer sehr geringen Zahl von Messpunkten vor, die wir aus beiden Gründen angesichts allzu eingeschränkter Vergleichsmöglichkeiten nicht berücksichtigen.

Wir denken, dass die damit verfügbare Datengrundlage ungeachtet der vorgenommenen Reduzierungen eine sehr gute Chance bietet, unter lückenloser und ausreichend differenzierter Berücksichtigung der Entwicklungen,

die sich im Verlauf einer größeren Zeitspanne eingestellt haben, zu einer sachhaltigen Überprüfung unserer vorstehend genannten These zu gelangen. Allerdings muss der Verwendung dieses Instruments die *Frage* vorangehen, inwieweit empirische Daten zur Erfassung der Links-Rechts-Unterscheidung überhaupt geeignet sind, die Realistik gegenwärtiger „Spaltungs"-Behauptungen zu überprüfen. Es kann hierbei nicht außer Acht gelassen werden, dass die Frage nach der Aussagekraft dieser Unterscheidung bereits Tradition hat und dass schon frühzeitig der elementare Einwand eine Rolle spielte, die ursprüngliche Bedeutung der Begriffe „links" und „rechts" sei überholt, so dass für die Erfassung zwischenzeitlich eingetretener sozio-politischer Spannungen und Gegensätze andere – und möglicherweise auch differenziertere – Begriffe verwendet werden müssten.

Bei der unumgänglichen Auseinandersetzung mit diesem Einwand legt es sich nahe, auf Publikationen von Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann, d.h. von Sozialwissenschaftlern zurückzugreifen, denen unseres Erachtens besonders beachtenswerte Ergebnisse bei der Behandlung der Frage nach einer fortgesetzten Geltung und einer somit gesicherten Verwendbarkeit der Links-Rechts-Unterscheidung für aktuelle Forschungsfragen zu verdanken sind.

Den beiden Autoren zufolge ist der Einwand des Veraltetseins gegenüber der Links-Rechts-Unterscheidung unzutreffend, weil hierbei deren Aussagekraft massiv unterschätzt werde. Den Autoren zufolge handelt es sich bei dem Links-Rechts-Schema um eine fundamentale „räumliche Metapher", welche *in einer von spezifischen Inhalten unabhängigen Weise* eine grundlegende Orientierung in der Konfrontation mit differenzierten Sachverhalten beliebiger Art ermöglicht und der somit – unter Bezugnahme auf N. Luhmann - die Funktion eines allgemein anwendbaren „Mechanismus zur Reduzierung von Komplexität" zugeschrieben werden kann. Diese Skala lässt sich somit, ihrer Auffassung zufolge, als ein „generalisiertes Kommunikationsmedium" verstehen, das - auch bei „nicht-identischem Verständnis" der jeweiligen Inhalte - „folgenreiche Kommunikation" ermöglicht (Fuchs & Klingemann 1989). Grob gesagt wäre nach der Auffassung der Autoren das Links-Rechts-Schema somit selbst dann noch einsetzbar, wenn die Unterscheidung zwischen linken und rechten Positionen „in der Alltagssemantik der Politik" überhaupt nicht (oder nicht mehr) vorkommen sollte.

Wie wir meinen, spricht es für die Berechtigung dieser Interpretation, dass ihr unseres Wissens bisher an keiner Stelle der relativ umfangreichen einschlägigen Literatur eine grundsätzliche Ablehnung zuteil wurde. Dennoch wollen wir bei unserer eigenen Entscheidung zur Verwendung des „Links-Rechts-Kontinuums" des Politbarometers für die Überprüfung der „Spaltungs"-Behauptung auf einfachere und alltagsnähere Begründungen nicht verzichten.

In diesem Zusammenhang messen wir vor allem der Tatsache große Bedeutung zu, dass die traditionsreiche Links-Rechts-Unterscheidung auch im gegenwärtigen Politikbetrieb noch eine höchst bedeutsame Rolle spielt, wenngleich sich ihre Inhalte seit der anfänglichen Verwendung des Begriffspaars mit Sicherheit stark geändert haben und fortlaufend weiter verändern. Um diese Feststellung zu verifizieren, bedarf es einerseits nur des Hinweises auf die geradezu systemerschütternde Rolle der AfD, die sich zwar heftig dagegen wehrt, als eine „rechtsradikale" Partei bezeichnet zu werden, die sich jedoch keinesfalls gegen die Einordnung auf der „rechten" Seite des Parteienspektrums zur Wehr setzt und deren Anhänger bei den Politbarometer-Befragungen keinerlei Hemmungen haben, ihrer Partei und sich selbst einen „rechten" Standort zuzuschreiben (vgl. hierzu auch später). Ähnliches lässt sich andererseits aber auch für die Verhältnisse auf der linken Seite des Spektrums feststellen. Die Fortdauer von „links" wird bereits eindeutig durch die Existenz einer Partei, die diese Standortbezeichnung bekenntnishaft im Namen führt, wie neuerdings aber auch durch eine „Bewegung" demonstriert, die sich zwar den neutralen Titel „Aufstehen!" zugelegt hat, die jedoch höchst dezidiert einen Standort im „linken" Bereich des Spektrums beansprucht.

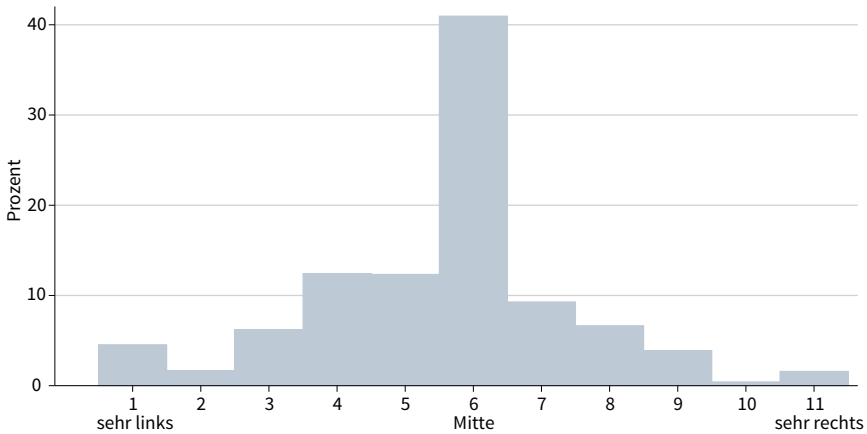
Ist die politische „Mitte" eine messbare Realität?

Im Unterschied zu Fuchs und Klingemann wollen wir allerdings einen Vorbehalt eines Großteils der Befragten gegenüber ihrer bedingungslosen Einordnung in das Links-Rechts-Schema zur Geltung kommen lassen, dem wir eine grundsätzliche Bedeutung zuschreiben.

Was wir im Auge haben, lässt sich am besten anhand der nachfolgenden Grafik 1 verdeutlichen, welche die Selbstzuordnung der Befragten im Links-Rechts-Kontinuum auf Grundlage der die Jahre 1997 bis 2017 einbeziehenden Gesamtkumulation des Politbarometers wiedergibt:

Zur Erläuterung sei darauf hingewiesen, dass das Politbarometer eine 11-teilige Skala verwendet, die den

Grafik 1 Kumulierte Häufigkeitsverteilung des Links-Rechts-Kontinuums (1997-2017)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Befragten die Möglichkeit gibt, sich mit der Entscheidung für den Skalenpunkt „6“ exakt in der Mitte des politischen Spektrums, d.h. grob gesprochen jenseits von (oder ggf. auch gleichzeitig bei) „links“ und „rechts“, zu verorten, was ein überraschend großer Teil der Befragten (vgl. Schaubild 1) auch tatsächlich tut.

Fuchs und Klingemann schließen diese Möglichkeit ausdrücklich aus, indem sie in der von ihnen bei eigenen Untersuchungen angewandten Links-Rechts-Skala keinen Skalenpunkt vorsehen, der exakt die Mitte verkörpert. Ihre Skala enthält - im Unterschied zum Politbarometer und anderen Wiederholungsbefragungen wie der Shell-Jugendstudie, der Bevölkerungsumfrage von Infratest Dimap, oder etwa der Bevölkerungsumfrage zur politischen Kultur des Landes Thüringen - nur 10 Punkte, von denen 5 auf der rechten und 5 auf der linken Seite liegen, so dass sich für die Befragten der Zwang ergibt, sich entweder für „links“ oder für „rechts“ zu entscheiden. Die Autoren rechtfertigen diesen Rigorismus mit dem in der sozialwissenschaftlichen Empirie auch anderweitig vertretenen, aber keinesfalls unumstrittenen Standpunkt, dass es notwendig sei, der vermutlichen Neigung vieler Befragungsteilnehmer vorzubeugen, die Mitte nur deshalb zu wählen, um dem Zwang zur Entscheidung zwischen Alternativen zu entgehen und dadurch eine psychische Entlastung zu erzielen (Fuchs & Klingemann 1990).

Ganz abgesehen davon, dass es grundsätzlich bedenklich erscheinen muss, aus einem befragungstechnischen Grund ohne nähere Überprüfung ca. 40% der Befragungsteilnehmer zu einer ihren spontanen Neigungen vermutlich widersprechenden Entscheidung zu zwingen, können wir eine solche Amputation auch aus inhaltlichen Gründen nicht mitvollziehen. Kurz gesagt erscheint die in dem Standpunkt der Autoren versteckte Annahme, dass es eine „echte“ politische Mitte nicht – oder nur in einem vernachlässigbaren Ausmaß – gibt, schon von einem alltagspragmatischen Standunkt aus gesehen, den wir aus Vereinfachungsgründen anstelle einer Auseinandersetzung mit der relativ komplexen Bedeutungsgeschichte des „Mitte“-Begriffs (vgl. etwa Bentzin 2014) einnehmen, nicht haltbar.

Es spricht hiergegen bereits der in der Parteienlandschaft etablierte Satz, dass „Wahlen in der Mitte gewonnen“ werden (wobei vermutlich nicht nur ein einzelner Skalenpunkt gemeint ist). Der Annahme, dass es sich bei der „Mitte“ zwischen „Links“ und „Rechts“ um eine substanzielle Realität handelt, wächst allein schon mit diesem einen erfahrungsbegründeten und höchst pragmatisch gemeinten Satz, dem eine zentrale Orientierungsfunktion für reales Handeln zukommt, ein schwerwiegender Richtigkeitsbeleg zu.

Des Weiteren lassen sich aber dafür, dass es sich bei den Befragten, die sich für die „Mitte“ entscheiden, um einen Bevölkerungsteil mit Eigenschaften handelt, die bei Menschen, die „linke“ oder „rechte“ Positionen angeben, nicht oder nicht in gleichem Umfang vorkommen, vielfältige Belege vorfinden, deren Beobachtung und Beschreibung schon bei Aristoteles nachweisbar ist (siehe Aristoteles 1958).

Offenbar handelt es sich bei diesen Sonder-Eigenschaften einerseits um *sozialstrukturelle Merkmale*, die M. Meister folgendermaßen beschreibt: „Die Mitte, das ist ein Großteil der Angestellten in den verschiedensten Bereichen unserer Wirtschaft. Nicht nur ist sie im öffentlichen Dienst, in den Städten und Gemeinden von der Kita über die Pflegeeinrichtungen bis hin zur Politik vertreten; die Mitte wird vielmehr auch durch die vielen Selbständigen … repräsentiert. Die Mitte, das ist aber auch der gewerbliche Mittelstand mit seinen zahlreichen … kleinen Unternehmen.“ (Meister 2016). Es werden andererseits aber auch verschiedene *Einstellungsmerkmale* genannt, die W. Tischner - mit einiger Gewaltsamkeit – mit der Feststellung einer „Äquidistanz zwischen linken Utopien und rechtspopulistischen Vorstellungen“ zu erfassen versucht (Tischner 2016). Der Politologe K.- R. Korte wird konkreter, wenn er feststellt: Das „Grundempfinden“ der Mitte „zielt eindeutig auf soziale und innere Sicherheit, Verlässlichkeit, Status quo-Dominanz und ein Versprechen der Planbarkeit des Lebens.“ Sie sucht „nach einer Verbindung aus moralischem Ernst, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist, sozialem Pragmatismus und Autonomie …“, wie auch nach dem „Erhalt unseres sozialen und gesellschaftlichen Friedens in einer heterogenen Gesellschaft“ (Korte 2016). Aus politischer Sicht ergänzt A. Kramp-Karrenbauer: „Zur ‚gesellschaftlichen Mitte gehören alle diejenigen, die auf dem Boden unserer freiheitlichen Ordnung stehen … Das umfasst zunächst ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie. Hinzu kommt aber die Unterstützung des Leistungsgedankens – zusammengefasst durch die Formel der sozialen Marktwirtschaft: ‚Aufstieg durch Leistung‘ –, was wiederum den Gedanken der Chancengleichheit voraussetzt und deutlich macht, warum das Thema Bildung einen zentralen Wert besitzt“ (Kramp-Karrenbauer 2016).

Eine oder mehrere Spannungslinien?

Dem Plädoyer für die Einbeziehung der „Mitte“ in die Links-Rechts-Skala lässt sich die Behauptung hinzufügen, dass diese Skala erst mit der Ergänzung durch diese scheinbar aus dem Rahmen fallende Kategorie diejenige Qualität erhält, die mehrere Autoren im Auge haben, wenn sie die Spannung zwischen „Links“ und „Rechts“ als *ein „Super-Issue“ oder eine „Hauptachse“* des politischen Raums bezeichnen (vgl. z.B. Gabel u. Huber 2000, Pappi u.a. 2011, Wagschal und König 2015, Däubler 2017). Sie setzen sich damit – wie wir meinen zu Recht – von einer gegenwärtig verbreiteten Neigung ab, von einer auf gleichgewichtige Weise pluralistisch gelagerten Spannungs- und Konfliktstruktur des sozio-politischen Raumes auszugehen, die sich gelegentlich mit der Darstellung eines Achsenkreuzes senkrecht zueinander stehender Linien verbindet, die voneinander unabhängige Dimensionen verkörpern sollen und die dementsprechend an ihren Polen unterschiedliche Benennungspaare aufweisen.

Unseres Erachtens eröffnet die Detailanalyse des sozio-politischen Raumes zwar durchaus die Möglichkeit zur Entwicklung mehrdimensionaler

Modelle (vgl. etwa W. Müller 1999), die aber einer folgenreichen Schwäche zum Opfer fallen, wenn sie sich mit der Verneinung der Existenz einer Hauptachse mit besonderem Einflussgewicht verbinden. Diese Schwäche wird relativ schnell bei einer genaueren Betrachtung der meist nur skizzenhaften Achsenkreuz-Darstellungen erkennbar, die in der aktuellen Literatur auffindbar sind. So unterscheiden z.B. Bukow und Jun bei ihrer Darstellung aktueller „Konfliktlinien“ des sozio-politischen Raumes „jenseits von ‚rechts‘ und ‚links‘“ zwei senkrecht zueinander stehende Linien mit den Pol-Benennungen „Libertäre Politik“ versus „Autoritäre Politik“ und „Liberale Marktwirtschaft“ versus „Autoritär gesteuerte Wirtschaft“, deren starke inhaltliche Überschneidungen - von der Benennung der jeweils angesprochenen Sektoren einmal abgesehen - bereits in ihrer Namengebung erkennbar werden (Bukow & Jun 2017).

Sicherlich handelt es sich bei diesem Beispiel um einen verhältnismäßig leicht entschlüsselbaren Fall von Schein-Pluralismus. Es lässt sich jedoch, wie wir meinen, die Behauptung aufstellen, dass es sich hier nur um eine besonders eindeutige Ausprägung einer Schwäche handelt, die auch anderen pluralistischen Darstellungen aktueller konflikt- und Spannungslinien des sozio-politischen Raumes anhaftet und die insbesondere dann deutlich wird, wenn ihnen eine „orthogonale“ Struktur zugrunde gelegt wird.

Zusammenfassend gesagt gehen wir in der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse empirischer Analysen zur „Spaltungs“-Frage, der wir auf der Spur sind, davon aus, mit dem „Links-Rechts-Kontinuum“ des Politbarometers ein hochgradig aussagefähiges, nicht durch einschränkende Vorentscheidungen zugunsten eines rigoros ein- oder mehrdimensionalen Ansatzes geschwächtes Instrument benutzen zu können.

Ergebnisse empirischer Analysen zur „Spaltungs“-Frage

„Links“, „Rechts“ und „Mitte“ in den Selbsteinschätzungen der Deutschen

Wir wollen die methodischen Vorklärungen an dieser Stelle beenden und uns unmittelbar den empirischen Daten zuwenden. Die nachfolgende Grafik 2 lässt zunächst erkennen, wie sich die mit dem „Politbarometer“ in kurzen Abständen, d.h. zumindest einmal pro Monat befragte Bevölkerung West- und Ostdeutschlands in der Zeit zwischen 1997 und 2017 im „Links-Rechts-Kontinuum“ einstufte.

Der Vereinfachung halber sind die 11 Skalenpunkte des Links-Rechts-Kontinuums in drei Gruppen zusammengefasst. Die Skalenpunkte 1-4 werden hierbei als „links“, die Skalenpunkte 8-11 als „rechts“ und die dazwischen liegenden Skalenpunkte 5-7 als eine etwas breiter gefasste „Mitte“ bezeichnet, so dass das Schaubild die Entwicklung der politischen Einstellung der deutschen Bevölkerung innerhalb des erfassten 20-jährigen Zeitraums in drei „Zeitreihen“ abbilden kann. Aus der Lagerung der Zeitreihen lässt sich ablesen, welche Prozentanteile der Befragten jeweils den einzelnen Einstellungsgruppen zuzuordnen waren und wie sich das gegenseitige Verhältnis der drei Häufigkeitsniveaus über den abgebildeten Zeitraum entwickelte.

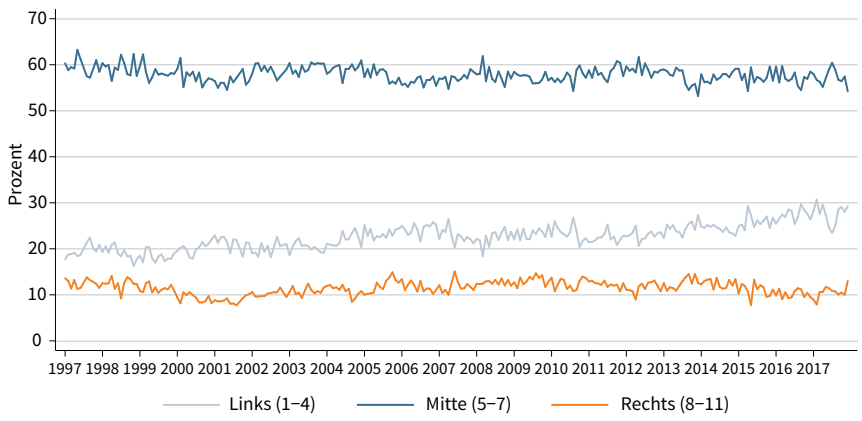
Das ebenso eindeutige wie aussagekräftige Bild, das sich hierbei ergibt, lässt sich wie folgt charakterisieren: Erstens stufen sich innerhalb des gesamten erfassten Zeitraums mit nur geringfügigen Schwankungen ca. 60% der Befragten, d.h. also die überwiegende Mehrheit von ihnen, im *mittleren* Bereich des politischen Spektrums ein. Für die Beantwortung der „Spaltungs“-Frage ist entscheidend, dass sich diesbezüglich über den erfassten Zeitraum hinweg – abgesehen von kurzfristigen Schwankungen, die aber sehr begrenzt waren und richtungslos streuten – keine Änderung feststellen lässt. Es gab somit in der deutschen Bevölkerung zwischen 1997 und 2017 eine sehr deutliche – und vor allem auch *konstante* – Mehrheit der „Mitte“.

Bereits dieses eine Ergebnis widerspricht der „Spaltungs“-Behauptung, die auf die *Annahme eines zunehmenden Abschmelzens der „Mitte“* nicht verzichten kann, auf denkbar eindeutige Weise.

Wie die nachfolgende Grafik 3 zeigt, trifft die Konstanzfeststellung nicht ganz im gleichen Maße für die Häufigkeitsverteilung zwischen den drei Skalenpunkten zu, die in Grafik 2 zur „Mitte“ zusammengefasst sind:

Es lässt sich vielmehr erkennen, dass der etwa bis zum Jahr 2005 um die 40-Prozentlinie oszillierende Anteil derjenigen Befragungsteilnehmer, die sich exakt bei „6“ verorteten, von diesem Jahr an leicht abzunehmen begann und einen unruhigeren Verlauf annahm. Allerdings lässt sich davon ausgehen, dass der hier feststellbare Abfluss der „Mitte“ nicht verloren ging, da sich ein etwa gleich großer Zugewinn bei denjenigen Befragten einstellte, die sich

Grafik 2 Selbsteinschätzung der Befragten im Links-Rechts-Kontinuum (Gesamtdeutschland)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

auf dem *nach links* tendierenden Flügel der „Mitte“ verorteten. Der rechte Flügel der „Mitte“ blieb demgegenüber unverändert.

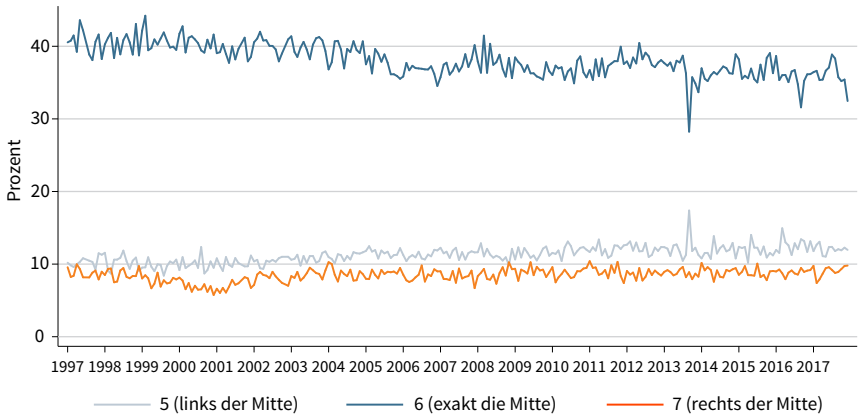
Kehren wir zum Schaubild 2 zurück, dann lässt sich dieser Befund durch die Feststellung ergänzen, dass sich der größere Teil des außerhalb der Mitte verbleibenden Restes der Befragten im gemäßigt *linken* Bereich des Einstellungsspektrums verortete, wobei eine nicht allzu starke, nichtsdestoweniger aber deutlich erkennbare *Zunahmetendenz, d.h. also eine Linksdrift,* ins Auge fällt. Auf dem *rechten* Flügel des Einstellungsspektrums verortete sich dem gegenüber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des außerhalb der Mitte verbleibenden Rests der Befragten, wobei insbesondere seit den Jahren 2013/14 *eine eher abnehmende Tendenz* erkennbar ist.

Alle diese einander ergänzenden Teilergebnisse sprechen ebenfalls sehr eindeutig gegen die „Spaltungs“-Behauptung, die sich gewöhnlich mit der Annahme eines nach rechts tendierenden Änderungstrends der politischen Einstellungen der Bevölkerung verbindet, der häufig mit einer durch Neigungen zum Radikalismus gekennzeichneten „populistischen“ Tendenz gleichgesetzt wird (von einem „Linkspopulismus“ ist nur relativ selten und gewissermaßen „nebenbei“ und jenseits der „Spaltungs“-Behauptung die Rede).

Überraschender Weise stellt sich, wie die nebenstehende Grafik 4 ausweist, auch dann keine Veränderung der durch Grafik 2 dokumentierten Sachverhalte ein, wenn man die Untersuchung auf *Ostdeutschland*, d.h. auf einen Landesteil konzentriert, der für viele Westdeutsche heute in negatives Licht getaucht ist, da sie ihn in den Medien häufig als ein von „rechtsradikalem Mob“ beherrschtes Terrain vorgestellt bekommen.

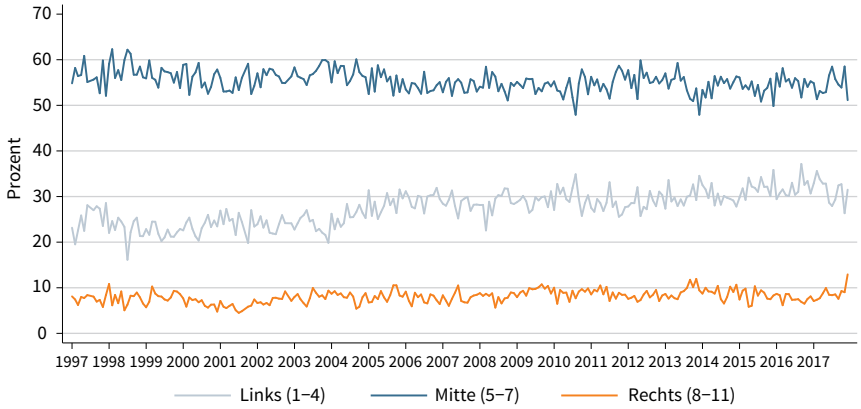
Die Unterschiede zwischen den gesamtdeutschen und den ostdeutschen Ergebnissen sind im Ganzen gesehen sehr viel geringer als bei der Zugrundelegung der „Spaltungs“-Annahme zu erwarten gewesen wäre, die u.a. davon ausgeht, dass der Rechtsradikalismus in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als in Westdeutschland.

Grafik 3 Selbsteinschätzung der Mitte (Skalenpunkte 5-7) im Links-Rechts-Kontinuum



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Grafik 4 Selbsteinschätzung der Befragten im Links-Rechts-Kontinuum (Ostdeutschland)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Es zeigen sich vor allem aber auch hier dieselben erwartungskonträr verlaufenden Tendenzen: Auch hier dominiert – mit einer zwar etwas schwächeren, jedoch konstant zwischen 50% und 60% verharrenden Ausprägung – die Selbstverortung bei der politischen Mitte. Auch hier ist die „rechte“ Selbstverortung schwächer ausgeprägt als die „linke“, wobei – wiederum entgegen der von den Medien suggerierten Vermutung – das Niveau der „rechten“ Seite sogar durchgehend niedriger ausgeprägt ist als auf der gesamtdeutschen Ebene, während die „linke“ Seite durchgehend stärker entwickelt ist und mit einer seit ca. 2004 bemerkbaren Zunahmetendenz – auch hier gibt es also die bereits genannte *Linksdrift* - die 30%-Grenze erreicht und überschreitet.

Die Position der politischen Parteien im Wahrnehmungsbild der Bevölkerung

Es ließe sich ohne weiteres rechtfertigen, die Auseinandersetzung mit der „Spaltungs“-Behauptung an dieser Stelle abzubrechen, denn die vorstehende Erörterung der Daten reicht hierfür im Grunde genommen bereits aus. Wir wollen dennoch einen weiteren Schritt unternehmen, den die Daten ermöglichen, um die Chance eines weiteren Eindringens in die wirklichen Verhältnisse nicht ungenutzt zu lassen.

Konkret gesagt wollen wir den vorstehend auf die Befragungsteilnehmer angewandten Untersuchungsansatz nunmehr auf die *politischen Parteien* anwenden, wobei wir allerdings die Befragungsteilnehmer als Auskunftsge-

ber benutzen wollen. Mit anderen Worten wollen wir – vgl. dazu die nachfolgende Grafik 5 – das „Links-Rechts-Kontinuum“ benutzen, um an die politischen Parteien – unter Benutzung der Wahrnehmungen der Befragungsteilnehmer – die Frage zu richten, wie sich in den zurückliegenden Jahren ihre Position im politischen Spektrum entwickelte und ob sich bei ihnen eventuell diejenigen dramatischen Veränderungen feststellen lassen, die durch die „Spaltungs“-Behauptung suggeriert werden.

Die Befragten konnten bei der Beantwortung dieser Frage dieselbe 11-teilige Skala verwenden, wie bei der Beantwortung der Frage nach ihrer eigenen politischen Position. Zum Zweck der Vereinfachung der Ergebnisdarstellung wurden im vorstehenden Schaubild zunächst die Antworten der Befragten zu Mittelwerten für alle Befragten zusammengezogen. Außerdem wurden aber auch aus den Ergebnissen der einzelnen Umfragen Durchschnitte auf Jahresbasis gebildet, so dass sich insgesamt gesehen aus dem Schaubild die nur grob gegliederte und geglättete Gesamtlinie der Entwicklung ablesen lässt.

Nimmt man auch hier die Möglichkeit wahr, bei den Verläufen, die sich innerhalb der Skalenpunkte 5-7 bewegen, von einer „mittleren“ Positionierung zu sprechen, und Positionierungen bei den Punkten 8-11 als „rechts“, bzw. bei den Punkten 1-4 als „links“ zu bezeichnen, dann wird der Überraschungsgehalt des Schaubilds sehr schnell erkennbar: Würde die in der „Spaltungs“-These behauptete Entwicklung stattgefunden haben, dann müsste sich im Schaubild – zumindest über einzelne Teile der erfassten Zeitspanne hinweg – eine Rechts-Links-Differenzierung der Parteienlandschaft mit deutlichem Abstand von einer relativ „leeren“ Mitte feststellen lassen. In Wahrheit stellt sich der Befund – von seinen Aussageschwerpunkten her erfasst – aber gerade umgekehrt dar: Zwei Parteien – die SPD und die FDP – bewegen sich über den gesamten erfassten Zeitraum hinweg konstant innerhalb des Skalenbereichs 5-7, d.h. also unmittelbar im mittleren Bereich, während dies bei zwei weiteren Parteien, nämlich einerseits bei der CDU/CSU und andererseits bei den Grünen, mit durchgängig geringfügigen Abständen zu den einander gegenüber liegenden Grenzlinien dieses Bereichs annäherungsweise der Fall ist. Die einzige durchgängig verfolgbare Abweichung von dieser Parteienballung in einem erweitert verstandenen mittleren Bereich, die als „eindeutig“ zu bezeichnen ist, findet sich bei der Linken, der sich zu einem relativ späten Zeitpunkt – im Schaubild seit dem Jahr 2016 – auf der rechten Seite der Skala die AfD hinzugesellt. Ungeachtet der Wahlerfolge der AfD und des Medien-Tsunamis, den vor allem ihr Einzug in den Bundestag auslöste, kann von einer Relativierung der Parteienballung in der Mitte und in ihrem unmittelbaren Umfeld angesichts der Minderheitsposition der beiden Flügelparteien faktisch gesehen keine Rede sein.

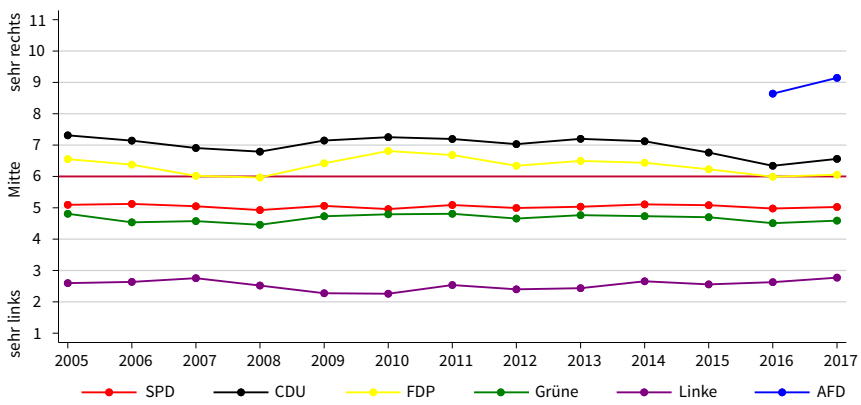
In vorläufiger Zusammenfassung lautet das Gesamtfazit: Es gibt in Deutschland – sowohl von der Selbstverortung der Wählerschaft, wie auch von deren Einschätzung der Positionierung der Parteien her gesehen – eine breit gelagerte und facettenreich ausdifferenzierte, und somit zwar mit Sicherheit vielfältige Reibungspunkte, wie aber gewiss auch zahlreiche produktive Berührungs- und Überschneidungszonen beinhaltende politische Mitte, die den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung, wie auch der an der politischen Gestaltung aktiv beteiligten Kräfte umfasst, jenseits dessen nur mehr oder weniger begrenzte Minderheitspositionen verbleiben, die das eindeutig durch die Vorherrschaft der Mitte gekennzeichnete Gesamtbild bei realistischer Betrachtung zwar einzutrüben, aber nicht ernsthaft zu beschädigen bzw. infrage zu stellen vermögen.[1]

Die Einschätzung der Parteien durch ihre Wähler und durch die Gesamtbevölkerung

Nutzen wir die Chance einer weiteren Fortsetzung der Auswertung der Daten der Politbarometers auf dem Wege von Zeitreihenanalysen, dann erlaubt uns die nachfolgende Grafik 6 einen zusätzlichen Analyseschritt, der uns u.a. auch im Hinblick auf die Klärung der „Spaltungs“-Frage an einer strategisch wichtigen Stelle vorankommen lässt:

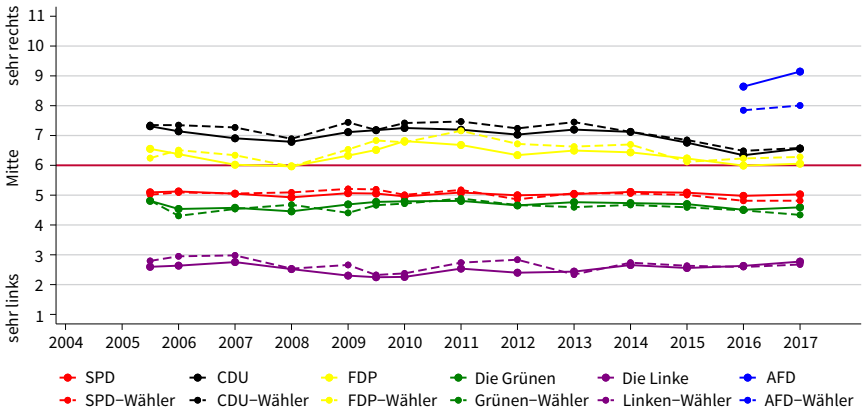
Das Schaubild erlaubt – wiederum für die Zeit seit 2005 – einen Vergleich der Einschätzung der Position der Parteien durch die Gesamtheit der Wähler (durchgezogene Linien), wie auch durch ihre jeweilige Wählerschaft (gestrichelte Linien). Es zeigt sich für die Mehrheit der Parteien eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden Einschätzungen. Diese fällt für die SPD und die Grünen sehr eindeutig aus, während sich im Hinblick auf die CDU über mehrere Jahre hinweg eine in konservativer Richtung tendierende Abweichung der von den eigenen Wählern wahrgenommenen Parteiposition von der Einschätzung der Gesamtheit der Wähler und für die Linke – ebenfalls über mehrere Jahre hinweg – die Wahrnehmung einer

Grafik 5 Einschätzung der Parteien im Links-Rechts-Kontinuum



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Grafik 6 Parteien im Links-Rechts-Kontinuum nach Einschätzung ihrer Wähler und aller Befragten



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Linksorientierung feststellen lässt, die bei der Gesamtheit der Wähler stärker ausgeprägt war als bei ihren eigenen Wählern.

Dass aus diesem Befund nicht ohne weiteres Folgerungen hinsichtlich eines unausgeschöpften bzw. überzogenen politischen Bewegungsspielraums beider Parteien abgeleitet werden können, erweist sich darin, dass diese Differenzen in beiden Fällen in den letzten Jahren in Wegfall kamen.

Für die CDU bedeutet dies, dass die parteiintern oft kontrovers diskutierte *Linksdrift* (bzw. „Linksverschiebung") der Partei, die sie aber faktisch – nach Auffassung der Gesamtbevölkerung – nur weiter zur Mitte hinführte, auch von ihren Wählern in eben diesem Sinne wahrgenommen wurde.

Bei der AfD zeigt sich eine besonders auffallende Differenz zwischen ihrer Einschätzung durch die Allgemeinheit und ihrer Einschätzung durch die eigene Wählerschaft. Während diese Partei der allgemeinen Beurteilung zufolge *extrem rechts* zu verorten ist, wurde sie durch die eigene Wählerschaft auf überraschend deutliche Weise *gemäßigt rechts* eingeschätzt. Es lassen sich von hier aus sehr weitreichende Folgerungen auf eine mit der allgemeinen Einschätzung der AfD (wie auch mit deren eigener Ideologie) nicht übereinstimmende Motivationslage ihrer Wähler ableiten, mit denen wir uns im nachfolgendenKapitel näher zu beschäftigen haben werden.

Die Selbsteinschätzung der Wähler und die Einschätzung „ihrer" Partei

Zunächst wollen wir jedoch – mit Hilfe der nachfolgenden Grafik 7 – noch einen weiteren Schritt bei der Auseinandersetzung mit der „Spaltungs"-Frage vollziehen:

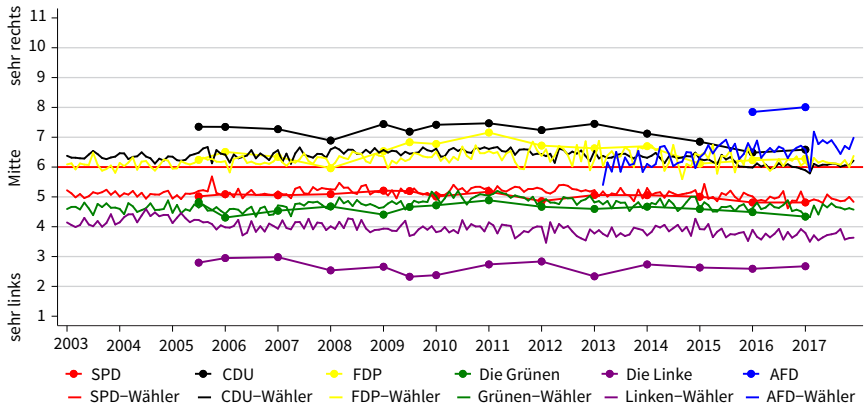
In dem Schaubild findet sich nunmehr – wiederum unter Verwendung der Links-Rechts-Skala – eine direkte Gegenüberstellung der Selbsteinschätzung der Wähler der verschiedenen Parteien und der Einschätzung „ihrer" Parteien. Auch bei dieser Gegenüberstellung fallen zunächst einige sehr weitgehende Übereinstimmungen ins Auge. Es handelt sich in diesem Fall um die SPD, die Grünen und – mit gewissen Einschränkungen – die FDP und deren Wähler. Auch die nun schon einige Male erwähnte *Linksdrift* vollzogen diese Parteien und ihre Wähler, wie sich zeigt, einvernehmlich.

Deutliche Abweichungen zeigen sich dagegen zunächst – über die gesamte Länge des erfassten Zeitraums hinweg – bei der CDU, deren Wähler ihre Partei – in bemerkenswertem Gegensatz zu der parteiinternen Diskussionslage z.B. bei dem Bundesparteitag in Hamburg im Dezember 2018 – deutlich konservativer erlebten als sich selbst. Eine Einschränkung dieser Differenz deutete sich erst in den letzten Jahren in Verbindung mit der Linksdrift an, die von der Partei forciert vollzogen wurde, so dass sie ihre Wähler bis zu einem gewissen Grade „einholen" konnte.

Der zweite deutliche Abweichungsfall findet sich – wiederum über den gesamten erfassten Zeitraum hinweg – bei der Linken, deren Linksorientierung wesentlich entschiedener war als die ihrer Wähler, die den Grünen und in gewissem Maße auch der SPD von ihrer politischen Grundeinstellung her gesehen näher standen als ihrer eigenen Partei. Es drängt sich von daher der Eindruck auf, dass die Linke vielfach nur deshalb gewählt wurde, weil von ihr eine entschiedenere Vertretung der Interessen von Bevölkerungsteilen erwartetet werden konnte, die sich sozial benachteiligt fühlten.

Von besonderem Interesse ist natürlich das Verhältnis der *Wähler der AfD* zu ihrer Partei. Wie wir schon festgestellt hatten, schätzten die AfD-Wähler die

Grafik 7 Selbsteinschätzung der Befragten und Einschätzung der Parteien durch ihre Wähler



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

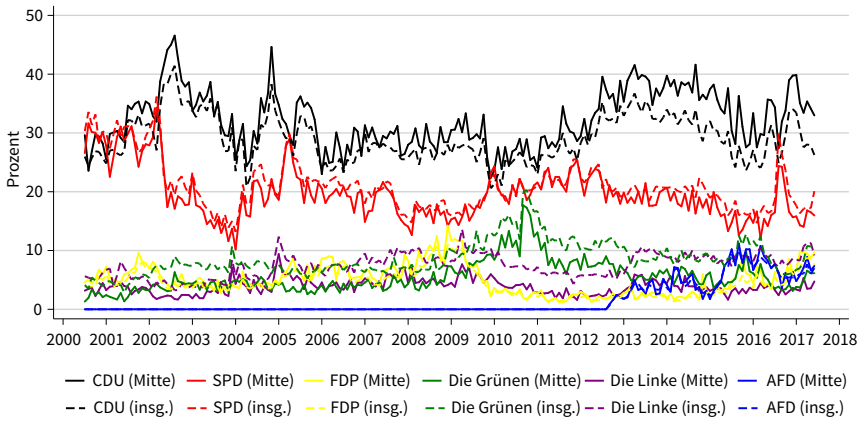
von ihnen gewählte Partei deutlich gemäßigter ein als die Allgemeinheit, die von Anfang an dazu neigte, in ihr eine „radikale“ Partei zu sehen. Es zeigt sich aber nunmehr, dass dessen ungeachtet die AfD-Wähler - durchschnittlich gesehen - ihrerseits eine sehr deutliche Differenz zwischen „ihrer“ Partei und sich selbst sahen, die sie nachdrücklich als „rechts“ (wenngleich nicht als rechtsradikal) einstuften, während sie sich selbst viel eher – mit einem in letzter Zeit deutlicher werdenden „Rechtsdrall“, der sie aber nur in die rechte Randzone der zwischen den Skalenpunkten 5 und 7 gelagerten Bereichs führte – *der breiten Mitte* zurechneten. Das Schaubild erweckt den Eindruck, dass sie damit – bis zu einem gewissen Grade - aus der CDU-Wählerschaft herauswuchsen, mit der sie sich anfangs mehr oder weniger unterschiedslos überlagert hatten.

Die Wahlabsichten der politischen Mitte

Wie aus den letzten Schaubbildern ersichtlich ist, ordnen sich *die Wähler aller Parteien* durchschnittlich *im mittleren politischen Spektrum* zwischen den Skalenpunkten 4 und 7 ein. *Die Parteienlandschaft ist dagegen breiter über die Links-Rechts-Achse verteilt*. Die Selbsteinschätzung der Wähler mittiger Parteien liegt im Durchschnitt näher an der Position der jeweils gewählten Partei als die Selbsteinschätzung der Wähler der Linken oder der AfD. Offensichtlich speisen sich die Wähler der politischen Randparteien AfD und Die Linke aus einer gemäßigten, mittleren Wählerschicht. Die durchschnittliche Selbsteinschätzung der AfD-Wähler liegt näher an der CDU- oder FDP-Position als an der der AfD. Ebenso verhält es sich auf der anderen politischen Seite. Die Linke-Wähler scheinen, im Durchschnitt politisch näher bei den Grünen zu liegen.

In Anbetracht der Ergebnisse für die AfD wollen wir die These vertreten, dass der *Protest, vor allem gegen die Flüchtlingspolitik der regierenden Parteien*, eine der Hauptmotivationen für die Wahl dieser Partei ist oder war. Wir untermauern diese These zunächst mit der vorstehenden Grafik 8, welche

Grafik 8 Wahlabsicht aller Befragten und der Wähler in der Mitte (Skalenpunkt 6)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

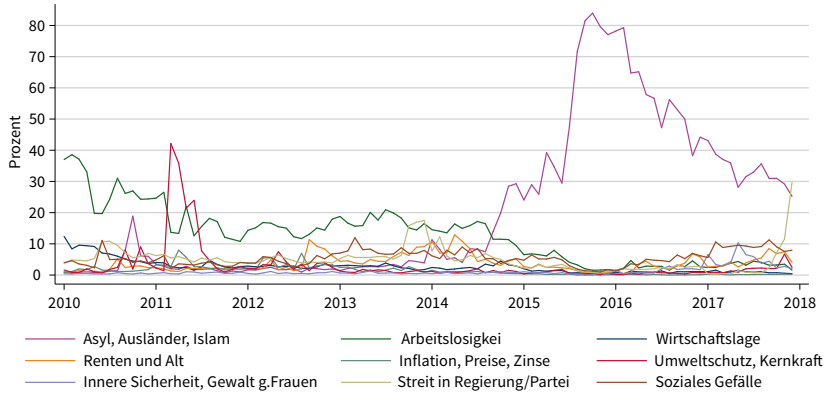
die Antworten auf die Sonntagsfrage ausschließlich derjenigen Befragungsteilnehmer zeigt, die sich selbst genau in der politischen Mitte (Skalenpunkt 6) einordnen. Anschließend gehen wir näher auf die Ursachen der Wahlerfolge der AfD ein.

Es zeigt sich, dass der Anteil der Wähler der CDU, FDP und SPD hier nahezu der gleiche ist wie bei der Gesamtheit aller Befragten. Interessanterweise ist auch der Anteil der AfD-Wähler an den sich selbst mittig einschätzenden Befragten annähernd gleich hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Wähler, die sich selbst in der politischen Mitte sehen, wählen also mit der gleichen Wahrscheinlichkeit die AfD wie die Gesamtbevölkerung.

Im Gegensatz zu den Wählern der Linken sind AfD-Wähler in der politischen Mitte der Gesellschaft genauso häufig anzutreffen wie in der Gesamtbevölkerung. Dies scheint unsere Vermutung zu bestätigen, dass die Wahl der AfD durch Protest und nicht durch politische Grundeinstellungen motiviert ist. Die Wähler der AfD wählen nicht jene Partei, die ihnen auf der politischen Achse am nächsten liegt, sondern eben die AfD. Wenn nicht politische Inhalte (vgl. dazu auch vorherige Erläuterungen zur Links-Rechts-Skala) die Wähler der AfD motivieren, liegt es nahe, dass diese Wahl, die nicht unbedingt den inhaltlichen Interessen der Wähler entspricht, ein Ausdruck des Protests sein kann.

Im Folgenden wollen wir überprüfen, ob die Debatte über die Migration seit dem Jahr 2015 die Ursache für diese Protestwahl sein könnte. Zudem ist zu überprüfen, ob die Wähler der AfD eine andere Wahrnehmung in Bezug auf diese Thematik haben als der Rest der Bevölkerung.

Grafik 9 Problemwahrnehmungen in Deutschland



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Die „wichtigsten Probleme“ in Deutschland

Das Politbarometer liefert uns eine Variable, die anzeigt, welche Probleme als die drängendsten empfunden werden. Eines der dominantesten Themen der letzten Jahre war die *Migration inklusive der Flüchtlings- und Asylthematik*.

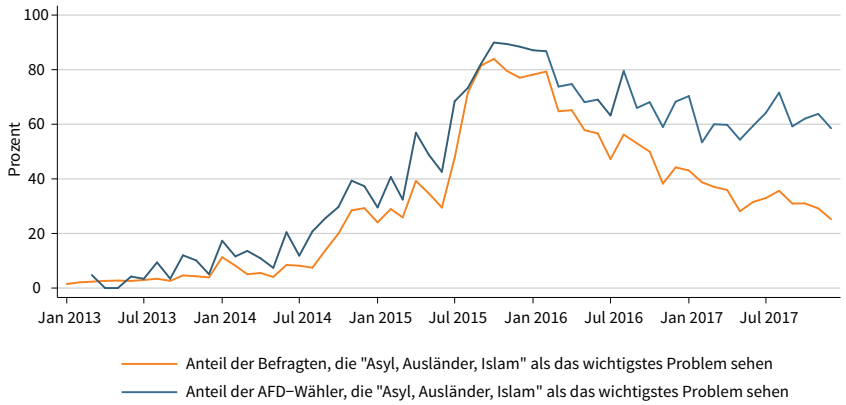
Eine unterschiedliche Problemwahrnehmung in der Bevölkerung lässt sich in vielen zurückliegenden Perioden feststellen. Unterschiedliche Menschen in diversen Lebenssituationen neigen unbestreitbar auch zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung und Priorisierung von Problemen. Die offene Frage im Politbarometer 2016 lautete „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ Die Antworten wurden unter Schlagwörtern wie beispielsweise „Umweltschutz/ Klimawandel/ Klimagipfel“ oder „Terrorismus/ Anschläge“ zusammengefasst.

Mitte der 1990er Jahre bis Mitte des letzten Jahrzehnts empfanden zu Spitzenzeiten über 80 Prozent der Bevölkerung die Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem in Deutschland. Nach Belebung des Arbeitsmarktes verschwand folgerichtig auch die Sorge vor der Arbeitslosigkeit. Ein einschneidendes Ereignis war die Flut- und Reaktorkatastrophe in Fukushima im Frühjahr 2011, das zwischenzeitlich über 40 Prozent der Menschen so beschäftigte, dass sie den Themenkomplex Umwelt und Atomkraft als das wichtigste Problem Deutschlands ansahen. Nach wenigen Monaten flaute diese Besorgniswelle wieder ab und liegt 2017 kaum mehr wahrnehmbar bei unter 2 Prozent.

Prinzipiell ähnlich, wenn auch in anderen Ausmaßen, lässt sich auch der Verlauf des Problemkomplexes „Asyl, Ausländer, Islam“ beschreiben, der beim Thema „gesellschaftliche Spaltung“ und bei der Ursachensuche der Wahlerfolge der AfD üblicherweise am häufigsten diskutiert wird. (vgl. die nachfolgende Grafik 10)

Im Datensatz der Gesamtkumulation der Jahre 1977 bis 2016 bündeln wir die Antworten „Asylanten, Asyl“, „Ausländer“ und „Islam, Islamismus, Glaubensfragen“ zu einem Themenfeld. Im Datensatz für das Politbarometer 2017 sind die Schlagwörter „Ausländer/ Zuwanderung/ Integration/ Asyl/ Flüchtlinge“ zusammengefasst Im Folgenden werden wir hierauf verkürzt als Thema „Ausländer“ oder „Asyl“ verweisen, wobei immer die gleiche Thematik gemeint ist, die in der alltäglichen Wahrnehmung der Bevölkerung trotz unterschiedlicher Bedeutung der Begriffe „Asyl“, „Zuwanderung“ oder „Flüchtlinge“ zumeist eine Einheit darstellt. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die konkreten Sorgen der Befragten und deren Motivation im Dunkeln bleiben. Es ist beispielsweise nicht zu unterscheiden, ob ein Befragter aus Rassismus oder aus einem rationalen Beweggrund so antwortet.

Grafik 10 Das wichtigste Problem „Asyl, Ausländer, Islam“



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Der Zuzug hunderttausender Migranten und Flüchtlinge, der ab Sommer 2015 zunahm und ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet, ließ im Winter 2015/2016 rund 80 Prozent der Bevölkerung diese Problematik als die wichtigste empfinden. Bereits 2016 nahm dieser Anteil deutlich und rapide wieder ab, sodass 2017 im Durchschnitt nur noch ungefähr 35 Prozent der Bevölkerung Probleme rund um das Thema Migration als das bedeutendste bezeichnen.

Vergleichen wir nun die Problemwahrnehmungen von Wählern unterschiedlicher Parteien, so erkennt man Differenzen vor allem in Hinblick auf AfD-Wähler. Seit Ende 2014 gewinnt das Thema Asyl und Ausländer an Beachtung und Wichtigkeit und steigt kontinuierlich an, bis es dann ab Sommer 2015 sprunghaft ansteigt. Dieser Verlauf ist bei allen Befragten unabhängig von ihrer Parteiwahl zu finden, auch wenn Befragte, die die AfD wählen würden, das Problem deutlich häufiger als das wichtigste nennen.

Seit Anfang des Jahres 2016 lässt sich auch innerhalb der AfD-Wählerschaft ein Rückgang verzeichnen, der jedoch bei weitem nicht so stark ausgeprägt ist wie in der Gesamtbevölkerung (einschließlich der AfD-Wähler). Sinkt 2016 die durchschnittliche Wahrnehmung der Wichtigkeit des Problems in der Gesamtbevölkerung mit ca. 2,8 Prozentpunkte pro Monat, so fällt sie unter den AfD-Wählern nur mit ca. 1,6 Prozentpunkte. Bemerkenswert ist, dass die Wichtigkeit der Ausländerthematik aus Sicht von AfD-Wählern mit Beginn des Jahres 2017 auf einem Niveau von ungefähr 50 bis 60 Prozent stagniert und ab Mitte des Jahres sogar leicht wieder ansteigt. Währenddessen sinkt die Rate der Gesamtbefragten, die das Ausländerthema für das wichtigste halten, kontinuierlich ab. Ende 2017 ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter, der die AfD wählt, auf die Frage nach dem wichtigsten Problem Deutschlands mit einer Antwort, die dem Themenkomplex „Ausländer“ zuzurechnen ist reagiert, fast dreimal so hoch, wie wenn man einen zufällig ausgewählten Menschen befragt.

Überspitzt könnte man formulieren, Menschen, die die AfD wählen, sehen Probleme, die die Mehrheit der Bevölkerung nicht sieht. Während Ende 2017 ungefähr dreiviertel aller Befragten andere Probleme als wichtiger ansehen, liegt die Aufmerksamkeit der AfD-Wähler immer noch auf dem Thema „Ausländer“.

Der AfD gelingt es die Aufmerksamkeit derjenigen, die sie wählen, auf dieses eine Thema zu fixieren. Eine Strategie hierbei ist es sicherlich auch, die Angst vor Kriminalität zu schüren. Instrumentalisierungen von Gewaltverbrechen, bei denen eine immigrierte Person verdächtigt wird, sind schon 2016 zu beobachten und dauern bis heute an. In diesem Zusammenhang könnten ebenfalls sogenannte „alternative Fakten" eine Rolle spielen.

Ausblicke in die Zukunft „Links" anstelle von „Rechts" als Zukunftstrend?

Resümieren wir nunmehr den vorstehenden Text im Ganzen, dann schält sich als ein herausragender eye catcher letztlich *die in nahezu allen Parteien, wie auch bei der Mehrheit der Wähler dominierende Linksdrift* heraus. Diese steht in einem sehr deutlichen Gegensatz zu derjenigen Schwerpunktbildung der aktuellen öffentlichen Diskussion, in welcher eine drohende - oder schon Ingang befindliche - Katastrophe des Absturzes der Parteienlandschaft nach rechts, bzw. ihrer mehr oder weniger weitgehenden Aufsaugung durch die AfD, d.h. eine rechtslastige Partei, im Zentrum steht. Abweichend hiervon lässt sich feststellen, dass es sich bei dem gegenwärtigen Aufkommen der AfD – nach dem Abflauen der Flüchtlingskrise und einer damit verbundenen Wiederabwanderung der eigentlich der „Mitte" zuzurechnenden Wähler – in einem zunehmenden Maße eher um die Sammlung „rechts" eingestellter Gesellschaftsfragmente in einer politischen Fluchtburg handelt, deren weiteres Wachstum aber – auf der Grundlage der im Jahr 2016 bestehenden Datenlage beurteilt – schon von dem verfügbaren Wählerpotential her infrage gestellt erscheint: Auf die Frage, welche Partei man persönlich grundsätzlich als wählbar ansieht (die Frage lautete: „In wieweit können Sie sich vorstellen, folgende Partei zu wählen") antworteten die nachfolgend genannten Anteile der Befragten im selben Jahr wie folgt: Die CDU/CSU: 27,8%, die SPD: 34,3%, die FDP 23,9%, die Grünen 33,8% und die Linke 23,9%. Dem gegenüber wollten aber ausschließlich 6,1 % der Befragten die AfD nennen. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man für dasselbe Jahr überprüft, aus welchen Wählersegmenten der CDU/CSU, d.h. ihres hauptsächlichen Herkunftsgebiets, die AfD-Wähler gekommen waren. Wie die Politbarometer-Erhebungen des Jahres 2016 zeigen, waren die betreffenden Reservoire, d.h. die Skalenbereiche 9, 10 und 11, der CDU-Wählerschaft, bereits im Jahr 2016 nahezu leergefegt, so dass von dort her kaum noch Nachschub zu erwarten war. Dem Schreckensszenario eines drohenden Absturzes des demokratischen Parteienspektrums zuwiderlaufend stand der AfD also jedenfalls zu dieser Zeit das betreffende Wählerpotential kaum mehr zur Verfügung.

Für das aus aktuellen Daten der allerletzten Zeit ablesbare Wiederabschmelzen der Wählerbasis der AfD bietet sich, bei genauerem Hinsehen, noch eine weitere Ursache an: Einerseits scheinen, wie eben schon angedeutet, diejenigen Teile der Wähler, die sich der Mitte zurechnen, nach dem Abflauen des Flüchtlingsschocks und nach dem Führungswechsel bei der CDU wieder zu der ihnen eigentlich näher liegenden Partei zurückzustreben. Andererseits führen aber auch die sehr deutlichen Mäßigungsbemühungen der AfD-Führung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit dazu, dass rechtsradikal eingestellte Wähler von den sich zunehmend abzeichnenden Bruchlinien innerhalb der Partei erfasst werden und sich von ihr abwenden. Der „Spaltungs"-Behauptung scheinen somit auch von daher gesehen „die Felle wegzuschwimmen". Sie scheint sich – bis hierher betrachtet – eher zu einer internen Problematik der „rechten" Seite des Spektrums einzuengen.

Allerdings würde man sich wohl eine Einseitigkeit der Problembehandlung vorwerfen lassen müssen, wenn man sich mit diesem Ergebnis zufriedengeben würde. In der Tat legt es sich nahe, die Blickrichtung an dieser Stelle umzukehren und sich die Frage vorzulegen, ob denn die in den Untersuchungsergebnissen so deutlich in Erscheinung tretende *Linksdrift* nicht ihrerseits einen „Verlust der Mitte" und somit die Gefahr eines Absturzes der Parteienlandschaft in die entgegengesetzte Richtung nach sich ziehen könnte.

Angesichts des beschränkten Ausmaßes, das dieser offenbar erst in einem Anlaufstadium befindlichen Entwicklung innerhalb des zugrunde gelegten Untersuchungszeitraums zukommt müsste man hierbei allerdings den Ausblick auf einen längeren Zeitraum ins Auge fassen. Man müsste dann aber selbstverständlich auch das vorstehende Analyseergebnis bezüglich der Entwicklungssituation der AfD nochmals überprüfen. Es wäre dann etwa auch die Möglichkeit eines erneuten Flüchtlingsansturms mit der Folge neuer Angst- und Wutausbrüche ins Auge zu fassen, die der AfD möglicher Weise einen erneuten, gegenwärtig eher unwahrscheinlich anmutenden Wachstumsschub bescheren könnten. Unter Einbeziehung der längerfristigen Zukunftsperspektive betrachtet könnte sich das Ergebnis der vorstehenden Analyse somit – ungeachtet seiner Eindeutigkeit – durchaus relativieren.

Linksdrift als Modernisierungsfolge – und somit als Sachzwang?

Wir betreten mit derartigen Überlegungen die Zukunftsdimension, die im vorstehenden Text angesichts seiner empirischen Fundierung ausgespart werden musste. Zwar schließt die Zeitreihenanalyse, die wir in den Vordergrund gestellt hatten, „Extrapolationen" keineswegs aus. Diese stehen aber unter dem Vorbehalt unveränderter Rahmenbedingungen, mit denen jedoch unter den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Verhältnissen einer unter Globalisierungsdruck stehenden Welt kaum gerechnet werden kann. Im Gegenteil muss – bei realistischem Vorgehen – viel eher mit mehr oder weniger „überraschenden" Veränderungen der Rahmenbedingungen gerechnet werden, die, mit N.N. Taleb gesprochen, durchaus auch den Charakter von sogenannten „schwarzen Schwänen" annehmen können (Taleb 2008). Angesichts dessen müssen beim Übergang zur Zukunftsdimension sämtliche *Aussagen bezüglich*

der längerfristigen Entwicklung der AfD mit einem vorsichtigen Fragezeichen versehen werden. In der Tat kann man sich z.B. vorstellen, dass die Attraktivität dieser Partei als „Protestpartei", die unter dem Eindruck des Abflauens des Flüchtlingszustroms abnahm, angesichts der flüchtlingspolitischen Uneinigkeit und Unentschlossenheit Europas in Zukunft eine Renaissance erleben könnte.

Anders dürfte es sich allerdings bezüglich der *Linksdrift* verhalten, der mit einer hohen Wahrscheinlich der *Charakter eines längerfristigen „Trends"* zuerkannt werden muss, dem ungeachtet aller Dynamik der Rahmenbedingungen eine erhebliche Änderungsresistenz zuzuschreiben sein dürfte.

Es spielt hierbei eine Rolle, dass *„links"* inzwischen aus der Kennzeichnung des – ggf. auch gewaltsamen – Änderungsbestrebens zugunsten der zeitweilig in Verelendungsgefahr befindlichen, inzwischen einer Auflösung in verschiedene Berufsfelder unterliegenden Bevölkerungsgruppe der Industriearbeiter mit aller Entschiedenheit herausgewachsen ist und eine viel allgemeinere und tiefer fundierte Bedeutung angenommen hat.

Es gibt inzwischen eine größere Zahl von Analysen der programmatischen Äußerungen von Parteien und sonstigen Gruppierungen (vgl. u.a. Pappi, u.a. 2011; Däubler 2017), welche aufzeigen, dass diejenigen von ihnen, die sich als links verstehen, zur Kennzeichnung ihrer Position eine Vielzahl politisch-ideologischer Leitbegriffe wie Gleichberechtigung, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Inklusion, Kampf gegen Armut und Not, Anerkennung von Gleichheits- und Beteiligungsansprüchen für alle, Humanität, Multikulturalismus und Selbstverwirklichung benutzen, die keineswegs in einem herkömmlichen Sinn als „typisch links" erscheinen, sondern in vielen Fällen den Charakter etablierter Leitbegriffe aufgeklärter und zivilisierter Menschlichkeit an sich tragen. Diese Begriffe lassen sich auch nicht nur ausdrücklich „linken" Gruppierungen zuordnen, sondern finden sich auch in den Positionskennzeichnungen grundlegender Institutionen der modernen Welt wie der Vereinten Nationen und ihrer Untergliederungen, wie auch in den Verfassungstexten der Mehrzahl der westlichen und nicht-westlichen Demokratien wieder. Teilweise handelt es sich sogar um Begriffe, die sich in den Zielvorstellungen von Gruppierungen finden, die sich eher als „rechts", oder zumindest definitiv als nicht-links verstehen, wo sie allerdings häufig in Kombination mit Begriffen wie „Nation", „Tradition", „Ehre", „Gemeinschaft" „Ordnung", „Disziplin" und „Sicherheit", oder auch „wirtschaftliches Wachstum" und „Wettbewerb" in Erscheinung treten, die auf der „linken" Seite fehlen.

Der Münchener Soziologe A. Nassehi weist in seinem Buch „Gab es 1968?" (Nassehi 2018) darauf hin, dass die gesellschaftliche Etablierung und politische Umsetzung „linker" Leitbegriffe solcher Art keineswegs in erster Linie auf Druck von „unten" geschahen. Er stellt zutreffend fest, dass „der auffällige Schub an Reformgesetzen, der mit den 60er Jahren verbunden ist, längst vor 1968", dem denkwürdigen Jahr der Studentenrevolte, „in Gang gesetzt worden war. Wohin man auch blickt, auf die … große Strafrechtsreform und den Übergang der Sozialpolitik zur Gesellschaftsreform" oder auf anderes, wie z.B. das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das einen „einklagbaren Rechtsanspruch auf Förderung der schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung zur Kompensation von Chancenungleichheit" mit sich brachte – überall sind, Nassehi zufolge, die Weichen schon vor 1968 oder unabhängig davon gestellt worden. Er stellt fest, dass alle diese Veränderungen letztlich auf die strukturverändernden Basistrends der sozio-ökonomischen Modernisierungsentwicklung zurückführbar sind: „Industrialisierung, Urbanisierung, Demokratisierung und Nationenbildung", wie auch Bildungsschübe, die als funktionelles Erfordernis interpretiert wurden, riefen Prozesse eines fundamentalen Umdenkens hervor, die nicht auf die Akzeptierung linker Parolen aufrührerischer Massen, sondern vielmehr auf den Druck der Umstände, d.h. also letztlich auf „Sachzwang" zurückzuführen und somit offensichtlich „alternativlos" waren, so dass jeglicher Widerstand gegen sie sinnlos und antiquiert und letztlich lächerlich und „außer der Zeit" erscheinen musste. Zwar diente das Wort „Reform" als ein scheinbar alles überdeckendes und begründendes Leitmotiv. In Wahrheit bewegte sich aber nicht nur der „Zeitgeist", sondern auch die hinter diesem wirksame Modernisierungsdynamik – ungeachtet aller „kapitalistischen" und neo-technologischen Begleiterscheinungen – in eine quasi-linke Richtung, so dass sich, mit den Worten von Nassehi, von einem „impliziten Linksruck" sprechen lässt, der durch explizit linke Ideologie und Agitation zwar begleitet, nicht aber hervorgerufen wurde. Nassehi gesteht zu, dass die „sozialen Bewegungen der westlichen Moderne – Arbeiterbewegung, Bürgerrechtsbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Umweltbewegung, Homosexuellenbewegung usw." – gewiss nicht einflusslos waren. Alle diese Bewegungen stießen aber, wie er meint, auf eine gewissermaßen bereitstehende Anpassungs- und Übernahmebereitschaft des Staates und sonstiger öffentlicher Institutionen, so dass ihre Protestenergie Türen aufriss oder einschlug, die zumindest bereits halboffen standen.

Nassehi weist daraufhin, dass sich diese Entwicklung genau genommen schon in Bismarcks Sozialpolitik andeutete, die zwar konservativ motiviert war, jedoch zur Erfüllung (damit aber auch zur Pazifizierung) linker Ansprüche führte. Er hätte jedoch ebenso gut und mit erweitertem Radius auch auf den uns zeitlich näherstehenden Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes verweisen können, mit welchem – wenngleich zunächst noch auf abstrakter Ebene – u.a. wesentliche Forderungen der explizit linken Bewegungen und Parteibildungen, die letztlich zu seiner „Positivierung" beitrugen, vorweggenommen wurden. Das Fazit muss somit lauten: Eine linke – oder zumindest „implizit linke" – Entwicklung liegt „im Trend der Zeit", da sie unmittelbar in den Geschehenskomplex der weltweiten „Modernisierung" mit einzurechnen ist (vgl. auch Inglehart & Welzel 2005).

Sind die Grünen „die“ Volkspartei der Zukunft?

Die Frage, wie sich dies alles auf die Entwicklung des Parteienspektrums auswirken wird, ist damit allerdings noch nicht beantwortet, ja noch nicht einmal aufgeworfen. Natürlich scheint es sich nahezulegen, auf die spektakulären Wählergewinne der Grünen in allerletzter Zeit hinzuweisen, die damit zusammenzuhängen scheinen, dass sie den „Weltgeist in der Westentasche“ tragen. Zwar findet sich die Linksdrift, wie bereits gesagt, auch bei praktisch allen anderen Parteien (die AfD und die Restbestände älterer rechter Parteien ausgenommen). Die Grünen haben aber den Vorteil, dass ihnen die „richtige“ Orientierung in die Wiege gelegt wurde, während z.B. die SPD noch - oder wieder - auf das schmale alt-linke Erbe der Verteilungsgerechtigkeitsfrage fixiert ist und die CDU den abgewanderten traditionell orientierten Konservativen nachtrauert, zu deren Rückgewinnung sich immer wieder wagemutige „Retter“ anbieten, während große Teile der Partei mit der A. Merkel zugerechneten „Sozialdemokratisierung“ hadern.

So betrachtet spricht Vieles dafür, dass sich die Grünen – unter Verdrängung der ohnehin schwächelnden CDU und SPD, wie auch unter Distanzierung der AfD – zu „der“ Volkspartei der Zukunft entwickeln werden.

Allerdings muss man sich vor einer Überfolgerung des Augenscheinlichen hüten. *Zum einen* hat das Profil der politischen Parteien im Wahrnehmungsbild der Wähler in letzter Zeit im Vergleich zum Profil des jeweiligen Spitzenpersonals, das sich gleichzeitig zunehmend von den durch die Mitglieder repräsentierten Parteikörpern emanzipieren konnte, an Gewicht verloren. Wie A. Merkel als Kanzlerin bereits vorexerzierte, wird in Zukunft das Profil (und Image!) einiger weniger führender Personen für die Wahlentscheidung wichtiger werden als der Gesamtzuschnitt der Parteien (vgl. Klages 2018). Was insbesondere die Kanzlerin oder der Kanzler – und mit ihr oder ihm die Bundesregierung – sagt und tut, wird für die Bevölkerung in Zukunft maßgeblicher sein, als die jeweiligen Grundsatz- oder Wahlprogramme der Parteien, wie auch die jeweilige Zusammensetzung der Parteifunktionäre und deren Meinungsäußerungen bei den Parteitagen. Die Politik wird dadurch in die Lage versetzt werden, flexibler auf die Wählererwartungen zu reagieren und interne Unstimmigkeiten und „Abgehobenheiten“ besser nach außen hin abzuschirmen, so dass sie in einem zunehmenden Maße zur situationsentsprechenden Beeinflussung der Wähler fähig sein wird. Die struktur- und traditionsbedingten handicaps der CDU und der SPD werden dadurch unter Umständen – aber natürlich nicht mit Gewissheit! – zumindest teilweise kompensiert werden können, wobei die Grünen den Nachteil haben würden.

Zum anderen wird die relative Unsicherheit und Fluidität der durch die Machtkonkurrenz der großen Flächenstaaten bestimmten zukünftigen Weltlage dazu beitragen, dass bestimmte konservative Wert- und Ideologiebereiche eine (Wieder-)Aufwertung erfahren. Dies wird insbesondere für die *Sicherheitsthematik* gelten, der voraussichtlich eine stark erhöhte und möglicherweise andauernde Aktualität zukommen wird. Es wird vor allem der CDU leichter als der SPD und vor allem den Grünen fallen, die Kompetenz für den erfolgreichen Umgang mit dieser Thematik zu beanspruchen, was ihr wahlstrategisch gesehen einen Vorteil eintragen wird. Sie wird sich allerdings davor zu hüten haben, zusammen mit dieser Thematik – so wie etwa die AfD – das gesamte konservative Themen-Ensemble präsentieren zu wollen, das sie noch immer – zusammen mit seinen aufrechten Verfechtern – parat hat. Umgekehrt wird man den Grünen zugestehen müssen, dass sie mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Lage sein werden, sich – vermutlich mit ideologisch bedingten Schwierigkeiten – zu demjenigen Realismus durchzukämpfen, der nötig ist, um die Sicherheitsthematik mit dem erforderlichen Gewicht auf die Agenda zu setzen und dort bleibend zu verankern, oder ggf. auch mit einem eher konservativ orientierten Partner eine auf Arbeits- und Funktionsteilung aufbauende Koalition einzugehen.

Letztlich wird es eine sehr wichtige Rolle spielen, wer in den entscheidenden Augenblicken, in denen schnelle Entscheidungen nötig sind, das Regierungssteuer in der Hand hat. Diejenigen, die über die *Handlungsoption* verfügen, werden unter allen Umständen einen grundsätzlichen Vorteil gegenüber anderen besitzen, die - auf der Oppositionsbank sitzend - nur reden, fordern und widersprechen können.

Bei der situationsgerechten Nutzung dieses Vorteils wird es aber auf *personale Qualitäten* ankommen, die man nicht am Wegesrand auflesen kann. Am Ende erhebt sich somit die Frage, ob die Parteiendemokratie in der Lage sein wird, bei der Auswahl des zum Handeln befähigten Führungspersonals eine glückliche Hand zu entwickeln.

Literatur

Aristoteles (1958). *Politik, Philosophische Bibliothek Band 7.* Unveränderter Abdruck der 3. durchgesehenen Auflage (im Text angesprochen: Kapitel 11, S. 144 ff.).

Bentzin, T. (2014). Der lange Weg zur Mitte. Bachelorarbeit beim Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Bukow, S., & Jun, U. (2017). Parteien unter Wettbewerbsdruck. In S. Bukow & U. Jun (Hrsg.), *Parteien unter Wettbewerbsdruck* (S. 1-11). Wiesbaden: Springer VS.

Däubler, T. (2017). Links-Rechts und darüber hinaus – eine Neuvermessung der deutschen Parteienlandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRTM-Modell. In S. Bukow & U. Jun (Hrsg.), *Parteien unter Wettbewerbsdruck* (S. 57-88). Wiesbaden: Springer VS.

Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (1989). Das Links-Rechts-Schema als politischer Code: ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage. In M. Haller, H. J. Hoffmann-Nowotny, & W. Zapf (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses des Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie* (S. 484-498). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (1990). The Left-Right Schema. In M. K. Jennings, J. W. van Deth et al. (Hrsg.), *Continuities in Political Action* (S. 203-234). Berlin – New York: De Gruyter.

Gabel, M., & Huber, J. D. (2000). Putting Parties in their Place. *American Journal of Political Science, 44* (1), 94-103.

Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy.* Cambridge: Cambridge University Press.

Klages, H. (2018). *Absturz der Parteiendemokratie? Die politische Lage in Deutschland.* Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Korte, K.-R. (2016). Bürgerliche Mitte. *Die politische Meinung*, Nr. 540, 14-21.

Kramp-Karrenbauer, A. (2016). Kein Hexenwerk. *Die politische Meinung*, Nr. 540, 28-33.

Meister, M. (2016). Orientiert an Wachstum und Leistung. *Die politische Meinung*, 61. Jgg., September/Oktober, 77-81.

Müller, W. (1999). *Sozialstrukturelle Cleavages bei Bundestagswahlen – Theorie und Empirie*. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften.

Nassehi, A. (2018). *Gab es 1968? Eine Spurensuche*. Hamburg: kursbuch.edition.

Pappi, F. U., Seher, N. M., & Kurella, A.-S. (2011). Das Politikangebot deutscher Parteien bei den Wahlen seit 1976 im dimensionalen Vergleich, *Working Paper der Universität Mannheim Nr. 142.*

Pappi, F. U., Kurella, A.-S., & Bräuninger, T. (2018). Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013. Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten. *ISI 60*, 20-28.

Taleb, N. N. (2008). *Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse*. München: Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG.

Tischner, W. (2016). Der Kampf um Mitte. *Die politische Meinung*, Nr. 540, 34-39.

Wagschal, U. & König, P. (2014). Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013. In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013* (S. 185-210). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

1 Das zur Position der politischen Parteien im Wahrnehmungsbild der Bevölkerung vorgelegte Gesamtfazit widerspricht den von F.U. Pappi u. A. präsentierten "Folgerungen" zum selben Gegenstand (vgl. Pappi, Kurella, Bräuninger 2018), denen zufolge „das deutsche Parteiensystem" durch eine Grundstruktur gekennzeichnet sein soll, in der sich „zwei Blöcke", nämlich ein rechter und ein linker, „gegenüberstehen". Der Gegensätzlichkeit der beiden Aussagen liegt u.E. allerdings letztlich eine darstellungstechnische Differenz zugrunde. Während der Datenpräsentation von Pappi u.A. (vgl. insb. die dortige Grafik 3) nur ein verhältnismäßig enger Ausschnitt des Links-Rechts-Kontinuums zugrunde gelegt wird, werden die betreffenden Daten in der obigen Abbildung 5 in den sämtliche 11 Messpunkte umfassenden Gesamtkontext des Links-Rechts-Kontinuums eingebettet, wobei die breiten Leerräume erkennbar werden, die sowohl rechts wie auch links von den Positionen der Parteienmehrheit verbleiben.

klages@uni-speyer.de

swillecon@gmail.com

doi: 10.15464/isi.63.2019.16-28

Herausgeber

GESIS –
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Wissenstransfer | Publikationen
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Telefon 0621 / 12 46-0
www.gesis.org/isi

Gestaltung

Bettina Zacharias

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ISSN 0935-218X (Print)
ISSN 2199-9082 (Online)